



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/LX/71 - 26.3.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2183)-33
Fernschreiber 039 890

Beschlüsse des Westens und des Ostens	S. 1
Englands Furcht vor deutschem Militarismus	S. 3
FDP im Zwiespalt	S. 5
Der Mainzer Schulstreit	S. 7

Schwarze Tage für die deutsche Wiedervereinigung

(sp) Der Kompromiß der Hochkommissare in ihrer Haltung zur sogenannten Wehrrergänzung des Grundgesetzes und die Übertragung von angeblichen Souveränitätsrechten an das Pankower Regime durch die Sowjetregierung sind zwei Maßnahmen, die in einem ursächlichen Zusammenhang stehen, denn die Linie der westalliierten Entscheidung in dieser Frage stand seit längerem fest. In den ersten Kommentaren zu beiden Vorgängen wird dieser Zusammenhang fast überall geflissentlich überschauen.

Am Vorabend der Abstimmung über die Wehrrergänzung im Bundestag hatte der Bundeskanzler die Bedenken der FDP-Fraktion und der Kritiker in den eigenen Reihen mit dem Hinweis zu beschwichtigen versucht, die Alliierten und insbesondere die Amerikaner würden dieser Verfassungsänderung zustimmen. Aber sehr bald stellte sich zur Bestürzung der Koalitionsmehrheit heraus, was nun durch das offizielle Schreiben der westalliierten Hochkommissare bestätigt worden ist, daß nämlich das Schwergewicht der westalliierten Einstellung nicht auf der formalen Zustimmung zu dem verfassungsmäßigen Charakter der Grundgesetzänderung beruht, sondern auf der Einschränkung, daß die Übertragung der Wehrhoheit auf die Bundesregierung nicht vor der endgültigen Verabschiedung der EVG durch alle beteiligten Länder in Kraft treten kann.

Es ergibt sich nun die bezeichnende Situation, daß die West-

alliierten zwar die Vorteile, die ihnen der General-Vertrag bietet - 50jährige Bindung der Bundesrepublik an die Politik der Westmächte, Notstandsklausel, Ausklammerung Berlins aus der politischen Entscheidungsfreiheit der Bundesregierung selbst in dem durch den General-Vertrag noch belassenen Rahmen u.a.m. - durch die Zustimmung zu Art. 79/1 und 142a für sich in Anspruch nehmen, gleichzeitig aber die Übertragung der Wehrhoheit auf die Bundesregierung (Art. 73 Nr. 1) suspendieren.

Die Fikle, mit der die Bundesregierung nach dem Ausgang der Berliner Konferenz in dieser ganzen Frage vorgegangen ist, hat sie nun in eine sehr peinliche Lage gebracht: Die Vorteile, die sie in der Gewährung der Wehrhoheit erblickt, und die sie durch die Koppelung von General-Vertrag und EVG-Vertrag zu erreichen hoffte, werden ihr verweigert. Niemand kann heute voraussagen, welche neuen Zugeständnisse die Bundesregierung machen muß, um Frankreich doch noch zu bewegen, den EVG-Vertrag zu ratifizieren. Die in so unklarer Rechtsituation vollzogene Unterschrift des Bundespräsidenten bleibt jedenfalls wegen des alliierten Vorbehaltes in Bezug auf Art. 73 Nr. 1 insofern unwirksam, als an die Aufstellung von deutschen Truppen vor der allgemeinen Ratifizierung des EVG-Vertrages nicht zu denken ist.

Die Befürchtung, daß durch die nun so schlecht belechtete Politik ständiger Vorleistungen der Bundesregierung der Sowjetunion der Vorwand gegeben würde, nun ihrerseits den Prozeß des Auseinanderlaufens beider Teile Deutschlands voranzutreiben, hat sich leider sehr schnell bestätigt. Noch niemand vermag heute zu sagen, was sich hinter der der Pankower Regierung gewährten "Souveränität" verbirgt. Eine auch nur annähernd echte politische Souveränität wird es keinesfalls sein. Aber voraussichtlich laufen die Maßnahmen auf eine erhöhte verwaltungsmäßige Selbständigkeit Pankows hinaus und daraus wieder könnte sich der Status völkerrechtlicher Anerkennung zumindest in gewissen sachlichen Umfang und einem bestimmten regionalen Bereich entwickeln. Fragen der Staatsangehörigkeit der Bewohner der Sowjetzone und eine denkbare Umbewertung der Grenzen, die bisher relativ leicht passierbare Zonen-grenzen waren, zu Staatsgrenzen, gehören ebenfalls hierher.

Es besteht also im Zuge dieser letzten Entwicklung die große Gefahr der Bildung zweier deutscher Staaten von absolut gegensätzlichem Charakter in Struktur und politischer Zielsetzung, mit allen sich daraus ergebenden Begleitumständen wachsender Versteinierung dieses wider-natürlichen Zustandes. Das ist eine beklemmende Aussicht, denn sie rückt die Wiedervereinigung der voneinander getrennten Teile Deutschlands in immer weitere Ferne.

Deutsche Aufrüstung als kleineres Übel

F.S. - London

Schon vor der Berliner Konferenz wurden in der britischen Tages- und Wochenpresse die Fragen der deutschen Wiederaufrüstung behandelt, die noch jetzt in Artikeln und Referaten immer wieder aufgeworfen werden, nachdem sie durch die Debatte über die britische Außenpolitik im Unterhaus besonders in den Vordergrund traten. Nur mit zwei Stimmen Mehrheit stimmte die Labour-Fraktion einer Bewaffnung der Bundesrepublik zu. Von den 35 Abgeordneten und Regierungsvertretern, die während der Debatte im Unterhaus sprachen, hat auch nicht ein einziger von ihnen zu erkennen gegeben, daß er mit seiner Zustimmung zur Aufrüstung gleichzeitig ein Vertrauen zur demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik bekundet. Das Mißtrauen gegen den deutschen Militarismus beschränkt sich nicht etwa auf eine Partei oder Bevölkerungsschicht, sondern geht durch alle Gruppierungen des englischen Volkes.

Außenminister Eden in seinem einleitenden Bericht: Aber denen, die sagen, wie lebhaft der deutsche Wettbewerb im Außenhandel ist, erwidere ich: Natürlich. Er wird lohnhafter werden. Deutschland hat nicht die Bürde der Wiederaufrüstung zu tragen, unter der die englischen Rivalen schwanken, noch hat es unter dem Verlust der Arbeitskräfte zu leiden, den die zweijährige Dienstzeit uns auferlegt. Mit denen, die in der deutschen Wiederaufrüstung eine Gefahr sehen, stimme ich völlig überein. Niemand will sie ableugnen; am wenigsten die Deutschen selbst. Jedoch glaube ich nicht, daß das die wirkliche Frage ist. Ich glaube, die wirkliche Frage liegt nicht darin, daß, sondern wie Deutschland aufrüstet, und wir sind überzeugt, daß EVG und NATO die sichersten Methoden für die Sicherheit Deutschlands, Europas und auch für Sowjet-Rußland bieten.

Herbert Morrison, Außenminister der Labour-Regierung: Ich befasse mich mit der großen Anzahl innerhalb der Bevölkerung, die wirkliche und aufrichtige Befürchtungen über diesen Punkt (Aufrüstung) haben. Vor allem fühlen sie instinktiv, daß ein deutscher militärischer Beitrag ein Wiedererwachen des deutschen Militarismus einschließt. Es besteht die Furcht, daß Deutschland wieder nationalsozialistisch wird.

P. Gordon-Walker (Labour): Niemand kann enthusiastisch über die deutsche Wiederaufrüstung sein. Sie ist etwas, das niemand positiv wünschen kann. Aber sie ist eine Angelegenheit, die wir ohne viel Gefühl, aber umso mehr mit Vernunft im Hinblick auf unsere eigene Sicherheit und den Weltfrieden behandeln müssen... Von diesem Standpunkt ist es die beste Politik, den deutschen militärischen Beitrag in die westliche Verteidigung einzubeziehen.

Clement Davies, führender Liberaler: Und die Deutschen selbst? Sie sind zweifellos unbarmherzig und waren grausam in einer unbeschreiblichen Weise.

C. Fletcher-Cooke (konservativ): Es wird in Westdeutschland (ohne Aufrüstung) ein Potential sein, das gegen die Interessen anderer Länder der freien Welt gebraucht wird, weil dieses Potential, besonders in der Metall verbrauchenden Industrie, verwendet wird, um im allgemeinen Export-Markt in Wettbewerb zu treten. Das ist ein Argument, das die Abgeordneten als sehr unwürdig in dieser hochstehenden Debatte ansehen werden, das aber unser Leben tief beeinflußt.

F. Bellenger, Kriegsminister in der Labour-Regierung: Man mag über Dr. Adenauer und seine Wahltaktiken sagen, was man will. Er hatte sich kürzlich vor seinen sozialdemokratischen Opponenten zu entschuldigen wegen Verleumdungen während des Wahlkampfes.

Sir R. Boothby, (konservativ): Mit all ihren kolossalen Qualitäten, die unsere atemlose Vorwunderung hervorrufen, und ihren furchtbaren Fehlern, die beträchtliche Besorgnis erregen, bleiben die Deutschen im großen und ganzen das gleiche Volk.

Jack Jones (Labour und Trade Union): Solange ihnen nicht die Gelegenheit gegeben wird, an der Verteidigung der freien Welt teilzunehmen, solange genießen sie ökonomische Vorrechte, zu denen sie nicht berechtigt sind.

Unterstaatssekretär Nutting, Foreign Office: Wiederum fragen wir uns nach der sichersten Lösung. Die Antwort liegt nach meiner Meinung klar in der EVG, in der Deutschland freiwillig alle Beschränkungen und Sicherungen gegen nationale Abenteuer und alle Verpflichtungen für internationale Zusammenarbeit in der Verteidigung annehmen sollte.

Attlee: Ich gestehe, daß ich gegen die Idee, Deutschland zu bewaffnen, einen Widerwillen habe wie alle. Alle, die die beiden Weltkriege erlebten, fühlen dasselbe... Wir wissen sehr wohl, daß es gefährliche Elemente in Deutschland gibt... Es muß unsere Politik sein, Deutschland in den Westen zu integrieren... Es ist die Furcht in so vielen Menschen, daß die alten reaktionären Kräfte in Deutschland mit ihren Absichten auf einen dritten Weltkrieg oder auf Rache wieder in Erscheinung treten mögen. Ich habe niemals die Auffassung verhehlt, daß es einen neuen deutschen Militarismus geben könnte. Wir wissen die Gefahren, die von Rußland und Deutschland kommen.

Churchill: Nichts anderes als die Politik der Sowjets und von Stalin hat den Grundstein für die tiefe und dauernde Verbindung gelegt, die jetzt zwischen Deutschland und der westlichen Welt besteht. ... Wir debattieren jetzt diese strittige Angelegenheit, weil wir wissen, daß sie unabhängig von der Partei das ganze Land erfasst, und daß es Millionen von Menschen in allen Parteien gibt, die eine verschiedene Auffassung in der Frage der Aufrüstung der Deutschen haben.

H. Wilson, Handelsminister in der Labour-Regierung: Ich wundere mich, ob wir nicht gegen eine falsche Gefahr aufrüsten; ob in zehn Jahren die Gefahr militärischer Macht nicht von Rußland, sondern von Deutschland, die industriellen Kräfte von Rußland und nicht von Deutschland kommen.

Lord John Hope (konservativ): In Beziehung zu den Deutschen hat niemand Illusionen über dieses Volk geäußert... Sie werden immer ein gefährliches Volk sein.

W. Warbey (Labour): Niemand will die Deutschen als Rechtlose und Ausgestoßene sehen... Ich wünsche Wahlen, in denen es dem Führer einer Partei, wie Dr. Adenauer, nicht frei steht, persönliche Beleidigungen gegen seine sozialdemokratischen Opponenten zu richten und dann, nachdem er sie gewann, vor Gericht zu gehen, um einen kompletten Widerruf zu machen.

Viscount Hinchinbrooke (konservativ): Ich wünsche nicht, daß das Haus denkt, daß ich für ewig gegen eine deutsche Aufrüstung bin. Ich

werde mich gegen sie nur für den Augenblick nach der Berliner Konferenz. Es scheint mir eine falsche Auffassung zu sein, wenn wir sagen, daß wir in Berlin alle Versuche unternahmen, und daß wir nun die Deutschen bewaffnen müssen. Ich denke nicht, daß die EVG selbst eine zutiefst friedensstellende Organisation ist. Mir erscheint sie als der Angsttraum der Politiker, und einige sehr bekannte Militärs betrachten sie als einen militärischen Unsinn.

P. Noel-Baker, mehrfach Minister in der Labour-Regierung: Wie schon mein Freund Hyné (Deutschlandminister in der Labour-Regierung), fürchte ich den deutschen Militarismus genug, um nicht die Formulierung vorzuziehen, die der damalige Ministerpräsident (Attlee) vor drei Jahren verkündete, und die gestern von der Exekutive der Labour-Party wiederholt wurde: Die Einrichtungen müssen so sein, daß die deutschen Einheiten so in die westlichen Verteidigungskräfte integriert werden, daß dem Auftauchen einer deutschen militärischen Drohung vorgebeugt wird.

Außenminister Eden in seinem Schlußwort: In vielen Reden drückten sich unsere Gefühle über die deutsche Wiederbewaffnung oder über eine Beteiligung Deutschlands an ihr aus. Es wurde manchmal angedeutet, daß diese Gefühle auf der anderen Seite des Hauses besonders akut sind. Sie sind es wahrscheinlich. Aber ich kann diesen Herren versichern, daß sie auf dieser (konservativen) Seite ebenso akut sind. Wir haben die gleichen Zweifel, dieselben Besorgnisse und Erinnerungen.

+ + +

FDP verzichtet auf Kulturpolitik in Hessen

W.F. Der neue Vorsitzende der FDP, Dr. Thomas Dehler, befindet sich in einer schwierigen Lage. Einerseits möchte er seiner Partei in der kommenden Zeit ein profiliertes, sich von der übermächtigen CDU klar abzeichnendes Gesicht geben, um eine völlige politische Gleichschaltung seiner Partei im Verlaufe der gegenwärtigen Legislaturperiode zu verhindern, andererseits zwingen manche Rücksichten auf Interessengruppen sowie parteiegoistische Gründe in den Ländern häufig zu einem Abgehen vom klaren Kurs der parteipolitischen Selbständigkeit.

So ist Dr. Dehlers Erklärung, daß die FDP bei den Ländervahlen in diesem Jahre keinerlei Wahlbündnisse abschließen werde, durchaus verständlich und vor allem in Übereinstimmung mit der kulturpolitischen Linie der FDP. Aber Wort und Tat sind doch wohl bei der FDP zwei verschiedene Dinge. Gleichzeitig mit der Betonung der Gegensätze zur CDU, die doch hauptsächlich in den Ländern der Bundesrepublik ausgetragen werden müssen, da die Kulturpolitik in die Kompetenz der Länder fällt,

beobachtet man nun das eifrige Bemühen der FDP um ein Wahlbündnis mit der CDU in Hessen. Als geradezu fadenscheinig zu nennende Begründung wird angegeben, das Wahlgesetz in Hessen - dem man 1950 selbst zugestimmt hatte - sei nicht "stimmengerecht". Man will dort anstelle des eine klare Regierungsmehrheit fördernden Mehrheitswahlrechts das splitterparteienbegünstigende Verhältniswahlrecht gesetzt haben. Gleichzeitig erklärt die FDP aber, dort, wo "nicht solche zwingenden Gründe wie in Hessen vorliegen", das gilt für Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern, den Wahlkampf allein bestehen zu wollen.

Welche zwingenden Gründe sind das aber, die die FDP veranlassen, ihrem kulturpolitischen Gegner ein Wahlbündnis anzubieten? Sind es Forderungen der Finanziere der bürgerlichen Wahlkämpfe, ist es nur der Wunsch des Ministerpostenaspiranten und hessischen FDP-Landesvorsitzenden Euler? In Nordrhein-Westfalen hat jedenfalls die CDU, die in Hessen das Verhältniswahlrecht fordert, ein Wahlgesetz durchgesetzt, das dem jetzigen hessischen täuschend ähnlich sieht. Dabei hat sie sich um die Wünsche der Freien Demokraten durchaus nicht gekümmert. Dort hat sie vielmehr dem gleichfalls katholischen Zentrum jetzt einen Wahlkreis in Essen abgetreten, um mit den Zentrumsstimmen die Mehrheit zu sichern.

Es ist immer ein Armutszugnis für eine Partei, auf eine andere angewiesen zu sein, um einen Wahlkampf zu bestehen. Im Falle der FDP bleibt unverständlich, wie sie sich angesichts des Verdrängens des politischen Katholizismus so eng an die christlichen Demokraten zu binden bemüht. Wie ihr widerspruchsvolles Verhalten vor der Öffentlichkeit vertreten werden kann, darüber mögen sich Dr. Dehler und seine Partei den Kopf zerbrechen. Die FDP hat schon öfter mit taktischem Geplänkel die Glaubwürdigkeit der von ihr vertretenen liberalen Überzeugung herabgemindert. Vielleicht sind es aber in Hessen weniger politische Überlegungen gewesen, als vielmehr parteiegoistisches Machtstreben, hinter dem höhere Ziele, wie etwa eine freiheitliche gesamtdeutsche Kulturpolitik, zurücktreten müssen.

+ + +

Eine aufschlußreiche Abstimmung

(ep) Der Mainzer Schulstreit hat ein für seine Urheber nicht gerade rühmliches vorläufiges Ende gefunden. Entgegen der großen Mehrheit des Stadtrates war die Stadt aufgrund unetrittener Verfassungsbestimmungen gezwungen, die Simultanschulen in Konfessionsschulen umzuwandeln, sofern dies von den Eltern gewünscht würde.

Die Abstimmung, die auf Betreiben des Bischofs erfolgte und der eine, die Eltern unter schwerster Gewissensnot setzende Propaganda vorausgegangen war, hat eine weit über Mainz hinausgehende Bedeutung: Die überwiegende Mehrzahl der Eltern in den gemischt konfessionellen Gebieten - Mainz ist zur Hälfte katholisch und zur Hälfte evangelisch - befrwortet aus wohlverwogenen Gründen die Beibehaltung der christlichen Gemeinschaftsschule, sie wünscht nicht eine konfessionelle Aufsplitterung der Schulen. So haben die Eltern von 8.556 katholischen Volksschulkindern bei der Abstimmung nur in einem Verhältnis von 8 bis rund 27 ~~Eltern~~ von Hundert sich für die Errichtung von Konfessionsschulen ausgesprochen. Wären die Einseitiger dieser Abstimmung ebenso gute Demokraten wie sie Schürer des Schul-Unfriedens sind, dann würden sie diese eindeutige Absage der Elternmehrheit respektieren und die bestehenden christlichen Gemeinschaftsschulen nicht antasten. Aber von einer solchen Auslegung des Elternrechts wollen die Initiatoren der Abstimmung nichts wissen.

Für die Stadt Mainz, für die Eltern und die Kinder, entstehen schwerwiegende Folgen. Wenn sich auch nur eine verhältnismäßig kleine Minderheit den Machtansprüchen eines Teiles des Klerus beugte, so ist doch die Stadt genötigt, in allen Schulen Konfessionsklassen einzurichten, obwohl in keiner dieser Klassen Kinder ein und desselben Jahrgangs unterrichtet werden können. In einem Vorort sind nun die Kinder von acht Schuljahrgängen in einer Klasse zusammengepfercht und es entstehen Raumverhältnisse, wie man sie seit 1945 nicht mehr erlebte. Daß die Bildungsmöglichkeiten für die Schüler dadurch auf geradezu sträfliche Weise beeinträchtigt und Eltern und Lehrer durch den nun eintretenden vermehrten Schichtwechsel noch mehr belastet werden, scheint die Befürworter der Zerschlagung von Simultanschulen freilich nicht zu beunruhigen.

Verantwortlich: Peter Raunau